

Der Friedensvertrag zwischen Estland und Sowjetrußland.

ABC. Ueber den Inhalt des von der Sowjetregierung schon ratifizierten Friedensvertrages zwischen Estland und Rußland liegen jetzt genauere Angaben vor. Als den für Estland wichtigsten Punkt ist das Angebots anzuweisen, daß die Sowjetregierung die vollständige Unabhängigkeit Estlands anerkennt und für alle Zeiten auf die dem Russischen Reiche Estland gegenüber zustehenden Souveränitätsrechte verzichtet. Die Grenzen des Staates Estland fallen im allgemeinen mit den Grenzen des früheren gleichnamigen Gouvernements zusammen, doch haben, unter Berücksichtigung der Nationalität der Bevölkerung der Grenzgebiete einige nicht unwesentliche Verschiebungen stattgefunden. Falls eine Neutralisierung Estlands von den andern Staaten beschlossen werden sollte, will die Sowjetregierung auch ihrerseits einem derartigen Abkommen beitreten. Der Finnische Meerbusen soll nach Uebereinkunft mit den neutralen Staaten ebenfalls neutralisiert werden. Die Sowjetregierung hat sich verpflichtet, alle aus Estland vertriebenen Vermögen, Bibliotheken, Archive usw. zurückzugeben und verzichtet auch auf jegliche Entschädigung für das in Estland verbleibende Staatsvermögen, wie Gebäude usw. Außerdem zahlt die Sowjetregierung Estland im Verlaufe der ersten zwei Monate nach der Ratifizierung des Friedensvertrages 15 Millionen Rubel in Gold (1 Rubel = 2,16 Mk.). Estland seinerseits muß einen Zollfreien Transithandel nach Rußland zulassen und in seinen Häfen der Sowjetregierung genügende Lagerplätze usw. anweisen. Keiner der Staaten darf schließlich auf seinem Gebiete dem anderen feindliche Truppen dulden.

Die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Prishw“ (Der Ruf) unterwirft natürlich diesen Vertrag dem russischen Standpunkte aus einer vernichtenden Kritik und schließt mit folgenden Ausführungen: „Wer hatte es nötig, Estland, entgegen aller geschichtlichen Logik, in einen „unabhängigen“ Staat zu verwandeln? Am wenigsten kann man daraus den Bolschewisten einen Vorwurf machen. Ihr Vertrag mit Estland wurde ihnen durch die militärische und politische Lage vorgeschrieben und beweist nur die Klugheit und Gewandtheit der bolschewistischen Politiker. Der wahre Schöpfer des „unabhängigen“ Estland ebenso wie auch der übrigen Grenz-Republiken“ ist die Politik der Entente und vor allen Dingen England. Diese für uns so verhängnisvolle „Verbündeten“ haben nur systematische Arbeit bei der ihnen auch unsere Sozialisten und Demokraten nach Möglichkeit geholfen haben, Rußland zerschüttert, wobei ihr einziges, jetzt offenes Ziel die Schwächung Rußlands auf lange Jahre war. Die geschichtliche Logik ist jedoch ebenso unerbittlich wie individuell: es wird die Zeit kommen, wo diese künstlich abgetrennten Teile Rußlands wieder zu einem erstarrten Staatskörper zusammenwachsen werden, und dann wird denen die Rechnung vorgewiesen werden, die in einer so schmerzhaften Weise die Periode der vorübergehenden Schwäche Rußlands ausgenutzt haben.“

Zur Äußerer Lage.

Die Alliierten verzichten auf die Auslieferung.

(WTB.) Amsterdam, 16. Febr. Neuter meldet aus Paris: Die Alliierten haben beschlossen, daß die „Kriegsverbrecher“ vor deutschen Gerichtshöfen abgerichtet werden dürfen. Wenn die Urteilsbeschlüsse unbefriedigend seien, beschließen die Alliierten sich das Recht vor, Deutschland wegen Nichterfüllung des Friedensvertrages Strafen aufzuerlegen.

Mitterrands Expresserklärungen.

(WTB.) Paris, 17. Febr. Ministerpräsident Mitterrand hat vorgestern Abend nach seiner Rückkehr einem Vertreter des „Petit Journal“ Mitteilungen über die Londoner Verhandlungen gemacht. Er erklärte, die Bedingungen hätten zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Die Note, die der deutschen Regierung in der Auslieferungsforderung überreicht wurde, halte den Grundgedanken, der in Artikel 228 ausgesprochen sei, formell aufrecht. Nur die Auslieferungsmethode werde geändert. Wenn Deutschland die Beschuldigten vor seinen eigenen Gerichten vorführen lasse, würden die Alliierten über seinen guten Willen urteilen und im negativen Fall die Maßnahmen in Erwägung ziehen, die die Nichtausführung der Klauseln erfordern würden. Es sei also unrichtig zu sagen, daß eine Fesselle in den Vertrag gelegt worden sei und daß der französische Ministerpräsident

kapituliert habe vor der Auslieferungspolitik, die in England und Italien von Hunderten von Personen gepredigt werde. Die Londoner Note könne in Deutschland Enttäuschung hervorrufen, denn in Wirklichkeit gäbe die getroffene Entscheidung den Alliierten eine neue Macht in die Hand, um von der deutschen Regierung und dem deutschen Volk die Ausführung aller Klauseln, die auf die Wiedergutmachung Bezug haben, zu verlangen. — Einige Pariser Blätter dementieren die Nachricht, daß von der holländischen Regierung verlangt werden solle, Kaiser Wilhelm zu deportieren. Selbst Winston Churchill tritt der Nachricht entgegen, daß Verhandlungen darüber schon inoffiziell geführt worden seien.

Vertragsbruch Polens.

(WTB.) Berlin, 16. Febr. Bekanntlich hat sich an der Aufstellung der Auslieferung auch Polen beteiligt, obwohl Polen in aller Form auf seine sich aus den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages ergebenden Rechte verzichtet hat. Der deutsch-polnische Annexionsvertrag vom 1. Oktober 1919 bestimmt im Artikel 6, daß jeder vertragschließende Teil volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages begangenen gerichtlichen oder disziplinarischen strafbaren Handlungen gewährt, die auf eine militärische, politische oder nationale Betätigung zugunsten des anderen Teiles zurückzuführen sind. Bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des Vertrages führten, ist gerade die Frage der Ausdehnung auch auf deutsche Militärs und Beamte, die sich während des Krieges in Konkretpolen befanden, zwischen den deutschen und den polnischen Unterhändlern eingehend, und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Auslieferungsbestimmungen des Friedensvertrages, erörtert worden. Die polnischen Delegierten haben damals gegenüber den deutschen Unterhändlern erklärt, es sei schwer gewesen, das Einverständnis ihrer Regierung zu einer derartig weitgehenden Bestimmung zu erzielen, aber es sei ihnen schließlich doch gelungen. Es bestand sonach bei Unterzeichnung des Vertrages völliges und ausdrückliches Einverständnis darüber, daß Polen auf das ihm nach Artikel 228 des Friedensvertrages zustehende Recht verzichtet. An sich wären zwar Fälle von gemeinen Verbrechen denkbar, die durch den Annexionsvertrag nicht gedeckt sein würden. Mindestens die Mehrzahl der polnischen Beschuldigungen bezieht sich aber nicht auf gemeine Straftaten, sondern auf politische oder militärische Maßnahmen. Die deutsche Regierung sieht sich also einem glatten Vertragsbrüche gegenüber. Der Standpunkt der deutschen Regierung der polnischen Auslieferung gegenüber ist vorgezeichnet. Hier brauchen die den anderen Entente-Staaten gegenüber in Betracht kommenden Erwägungen nicht angeführt zu werden. Hier gilt nicht das Angebot in der bekannten deutschen Note vom 25. Januar, hier kann es nur eine unbedingte Ablehnung aus Rechtsgründen geben.

Aus der französischen Auslieferungsliste.

Die Veröffentlichung der französischen Auslieferungsliste wird fortgesetzt. Außer den bereits gemeldeten württembergischen Truppenführern befindet sich darunter noch der Kommandeur des 13. (Württ.) Armeekorps „v. Urach“ (soll wohl heißen v. Urach, d. Schriftl.); ferner der Prinz von Württemberg „wegen Brandstiftung und Gemetzel in Briancourt und Cores im September 1914“.

Wie erfüllt Frankreich den Friedensvertrag?

Nach den Abmachungen des Versailler Friedensvertrages soll Frankreich Erz gegen deutschen Koks an uns liefern, und zwar auf der Grundlage von 1,25 Tonnen Erz gegen 1 Tonne Koks (täglich 6500 Tonnen Koks gegen 8125 Tonnen Erz). Bis heute sind die Franzosen aber laut „M. Westf. Ztg.“ mit ungefähr 45 000 Tonnen im Rückstand, weil Frankreich nicht die nötigen Waggons für die nach Beladung der Kokszüge noch geschuldeten Erz mengen stellte. — Trotzdem wirft aber Herr Mitterrand uns vor, die Bedingungen des Vertrags nicht erfüllt zu haben. Wenn zwei daselbe tun, ist es eben doch nicht daselbe.

Ministerpräsident Nitti für europäische Gemeinwirtschaft.

(WTB.) Paris, 17. Febr. Der italienische Ministerpräsident Nitti erklärte dem Berichterstatter des „Matin“ in London, seit 15 Monaten hätten die Alliierten vergessen, den Friedenszustand herbeizuführen. Sie lebten in der Hoffnung, von Amerika komme Hilfe und in der so prekären Lage, in der Europa sich befinde, dächten sie nicht daran, daß die Arbeit aller seiner Bewohner eine Ausnahme unerlässlich sei. Die Alliierten hätten bis jetzt gegögert, Rücksicht auf 300 Millionen Deutsche, Oesterreicher, Ungarn und Türken zu nehmen, die durch ihre Arbeit und ihre Bodenerzeugnisse nicht zu entbehrende Mitarbeiter an der Wiederaufrichtung Europas

seien. Man müsse mit der Politik brechen, die man seit 15 Monaten befolge, 300 Millionen Menschen als Feinde zu betrachten. Nitti sagte, Deutschland, von dem man die Wiedergutmachung verlange, sei zur Unfähigkeit zu produzieren, verurteilt. Sie hätten nichts von Deutschland zu befürchten, es sei vollständig in ihrer Hand. Es habe weder eine Flotte noch Rohmaterialien; es bedeute keine Gefahr mehr.

Ein Amerikaner über die Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Frankreich.

(WTB.) Berlin, 16. Febr. In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird auf ein Buch des Amerikaners Ezra Pecinsky verwiesen, das unter dem Titel „Das Elend in den deutschen Gefangenenlagern Frankreichs“ Schilderungen aus zahlreichen französischen Gefangenenlagern zusammenstellt, die der Herausgeber selbst besucht hat. Er faßt das Urteil dahin zusammen: Wie auch Frankreich aus diesem Kriege hervorgeht, es bleibt auf seiner Trilokale das größte Schandmal unserer Zeit aufgebracht: die barbarische Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Eine antisozialistische Rede Churchills.

(WTB.) Amsterdam, 17. Febr. Laut „Allgemeines Handelsblatt“ richtete Churchill in seiner Rede in Dundee heftige Angriffe gegen die Arbeiterpartei. Die naiven Leute in der sozialistischen Partei beteten ihren russischen Abgott an und glaubten von diesem Abgott, was ihre schlecht unterrichtete Einbildungskraft ihnen vorgaukelte. Dabei zeige sie sich mehr denn je unfähig, die Aufgabe der Bildung einer verantwortlichen Regierung zu übernehmen. Dies komme daher, weil die sozialistische Partei eine Klassenpartei geworden sei, die ihre Klasseninteressen über die Interessen des Staates stelle. Sie haben keinen Beweis geliefert, daß sie für schwierige Fragen, denen sie gegenüberstehe, eine zweckmäßige und nützliche Lösung w. — Laut „Westminster Gazette“ sagte Churchill zur russischen Frage, er habe alles getan, was er konnte, um örtliche antisowjetische Truppen zu unterstützen.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

* Breslau, 16. Febr. Wie die „Schles. Ztg.“ meldet, hat die intrakommunale Kommission für die Abstimmung in Oberschlesien angeordnet, daß die Vereidigung der Beamten des Abstimmungsbezirks auf die Reichsverfassung unterbleiben soll.

* Berlin, 16. Febr. Während das Verbot an die Zeitungen in den besetzten westlichen Gebieten, die Anzeigen für die „Grenzpost“ zu veröffentlichen, zum Teil bereits zurückgezogen worden sind, hat das französische Befehlshaberkommando in Beuthen (Oberschlesien) die Anzeigen durch Verfügung vom 12. Februar untersagt.

Die Freiheit in Polen.

(WTB.) Leipzig, 16. Febr. Dem Zentralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins ist die Mitteilung zugegangen, daß die polnische Regierung sofort nach Vollzug der Annexion u. a. auch die Einfuhr von Andachtsbüchern verboten hat. Dieses Verbot stellt eine starke Beeinträchtigung der evangelischen Kirche dar, die auf den Bezug von Andachtsbüchern aus Deutschland angewiesen ist.

Die bolschewistische Gefahr.

Aus Budapest wird der ABC-Korrespondenz berichtet: Die rumänische Regierung hat die allgemeine Mobilisierung angeordnet und den Befehl gegeben, daß vier Divisionen unter der Führung des bisherigen Kommandanten von Siebenbürgen, General Worderescu, die Grenzverteidigung gegen die Bolschewisten sofort zu übernehmen haben. In Paris und London verhandeln die rumänischen Vertreter mit den Alliierten wegen Hilfeleistung gegen die drohende bolschewistische Gefahr.

Wilson und die Adriafrage.

(WTB.) Paris, 15. Febr. Wie Vertinar im „Echo de Paris“ aus London meldet, ist gestern ein unerwartetes Ereignis eingetreten. Präsident Wilson hat den Reperungen Frankreichs, Englands und Italiens durch Vermittlung des Vorkämpfers Balfour in Paris gestern vormittag mitteilen lassen, daher dem Kompromiß in der Adriafrage nicht zustimmen könnte, er halte an seinem Standpunkt, den er im Dezember vorigen Jahres eingenommen habe fest.

Die Engländer in Persien.

(WTB.) Paris, 17. Febr. Nach einer „Times“-Meldung aus Teheran soll ein britisches Syndikat die Konzession für eine Eisenbahn von Teheran zum Kaspischen Meer erhalten haben.

he
nung
n (Klavier)
den Hof“
3.50 Mk.,
Platz und
— 25.
von Paul
r Badstr.

berg
s Zugeiffen
Dank aus.
beres mal
sich ja nur
önigs wird

teifigten.
t bereit
r
nde
en und

nmheim und
von Möbeln
er- Arbeiten,
imfarbe,
Beurlaubten-
mich zu be-
iergeschäfts,
tel
und Reichen-
entgegen.

unmöbliertes
erfgbares
mer
ehender Dame
ucht.
e unter C.F.33
stiftstelle d. V.L.

Garten,
Stadt, an der
Straße zu ver-
fragen an die
des Blattes.

ioline
n voll gegen
er Mandoline.
arl Reinhardt,
Kapellenberg.
q verkaufe ich
einer
rmonika
Stahlfimmen,
8 Bässen.
cher, Hirsau.

nen
inestall,
Länge 2 Mr.,
Mr., sehr dem
er, Schmied-
Neubusach.

Ausland.

Frankreichs beherrschender Einfluß in Luxemburg.

(WIB.) Paris, 16. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Luxemburg vereinigten sich am 20. Februar luxemburgische Politiker, die nicht den Parlamenten angehören, sowie Journalisten zu einer französisch-luxemburgischen Konferenz.

(WIB.) Paris, 16. Febr. Wie Havas nach der „Indep. L.“ meldet ist ein Abkommen zwischen Frankreich und Luxemburg über die luxemburgischen Eisenbahnen gestern unterzeichnet worden, durch das Frankreich eine beherrschende Stellung erlangt.

(WIB.) Paris, 17. Febr. Anlässlich der vorgestrigen Begegnung zwischen der Großherzogin von Luxemburg und dem Präsidenten Poincaré in Diederhofen wurden Toaste gewechselt, in denen die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Frankreich und Luxemburg, sowie die gemeinsamen Beziehungen zu dem benachbarten Belgien gefeiert wurden.

Belgische Kohlenförderung und belgischer Staatshaushalt.

Die belgische Kohlenförderung ist im Dezember wegen Streiks und Arbeitsverlängerung auf 1548 635 Tonnen (Nov.: 1691 795) zurückgegangen; die gesamte Arbeiterschaft der Kohlenreviere beträgt 157 710 Mann. — Der belgische Staatshaushalt verzeichnet für 1920 bei 3391 Mill. Fr. Einnahmen und 8566 Mill. Fr. Ausgaben einen Fehlbetrag von 5235 Mill. Franken.

Südslavien und die Tschechoslowakei.

* Frankfurt a. M., 16. Febr. Der „Frl. Ztg.“ wird aus Belgrad berichtet, daß die Verhandlungen der südslavischen Regierung mit der tschechoslowakischen Republik über Abschluß eines Militärbündnisses soweit fortgeschritten sind, daß mit ihrem günstigen Abschluß in Kürze zu rechnen ist.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

(WIB.) Belgrad, 16. Febr. Das Südslav. Presbureau meldet: Die Regierung ist zurückgetreten. Das Kabinett wird von der oppositionellen Partei gebildet werden. — Prinzregent Alexander hat die Demission entgegengenommen. Er hat die Erledigung der laufenden Angelegenheiten dem zurücktretenden Kabinett bis zur Bildung des neuen Kabinetts anvertraut.

Bermischtes.

Der deutsche Kindertod.

Ein von Dr. Thiele, Minister der öffentlichen Gesundheitspflege in Dresden, verfaßter Bericht über das schreckliche Wüten der Malaria und anderer Krankheiten unter den Kindern der Mittelmächte veranlaßte einen amerikanischen Offizier, all diese traurigen Tatsachen einmal selbst nachzuprüfen. In der „Frl. Ztg.“ veröffentlicht er nun das Ergebnis seiner Prüfung. Aus diesem Bericht greifen wir einige Sätze heraus. U. a. heißt es da: „Meine Feder vermag nicht all das Entsetzliche zu Papier zu bringen, das ich zu Gesicht bekam, seitdem ich die Volksschulen und Hospitäler besuche. Meiner Meinung nach müßten Journalisten und Politiker, die von den Alliierten hergehandelt wurden, um die Zustände in Mitteleuropa nach Abschluß des Waffenstillstandes zu untersuchen, und die berichteten, daß die deutschen Kinder nicht am Verhungern seien, am Tage des jüngsten Gerichts als Massenmörder hilfloser Kinder angeklagt werden.“ — Ueber die Zustände in Deutschland schreibt der Amerikaner: „Das ganze Volk ist schwach, erschöpft, abgemagert und blutarm. Die Reichen mögen ja noch dem Schlimmsten entkommen, aber die Frauen und Kinder der Mittelklassen und die armen Leute in Deutschland sind — ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes — einem langsamen Verhungern ausgesetzt. Amerika Europa blickt dich hilflos an. Die Krise muß bald überstanden werden. Das amerikanische Rote Kreuz ist dein Vertreter und kampfbereit. Leih ihm deine Hilfe und mache es so mächtig, daß es des großen Landes würdig ist, dem es angehört. Erhebe zu deinem Wahlspruch die Worte: Das amerikanische Rote Kreuz soll im Frieden ebenso mächtig sein, wie es die amerikanischen Streitkräfte im Kriege waren.“

Das sterbende Wien.

ml. Die Tuberkulosesterblichkeit Wiens hat seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes weitere furchtbare Fortschritte gemacht. Die Tuberkulosesterblichkeit unter den Frauen betrug 1918 bereits 160,2 Prozent der Todesfälle von 1914, in den ersten 7 Monaten 1919 aber 185,4 Prozent der Tuberkulosesterblichkeit in den gleichen Monaten des Jahres 1914. Viel schwerer sind die Frauen der armen Bezirke betroffen als die wohlhabenden. In Favoriten ist, wie die „Amschau“ mitteilt, die Zahl der Tuberkulosesterblichkeit unter Frauen von 1914 bis 1918 auf 191,9 Prozent gestiegen. Unter den Frauen sind insbesondere die jugendlichen schwerer betroffen. Unter den 16 bis 20jährigen betrug die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit in ganz Wien 113 Prozent. Noch schwerer betroffen ist das Kindesalter; die Tuberkulosesterblichkeit in ganz Wien 113 Prozent. Noch schwerer betroffen ist das Kindesalter; die Tuberkulosesterblichkeit unter den 11- bis 15jährigen ist um 180 Prozent gestiegen; es sterben heute also in diesem Alter nahezu dreimal so viel Kinder an Tuberkulose als 1914.

Die Neubildung des Reichsheeres.

Das Reichsheer wird am 1. April 1920 gebildet werden. Nach dem Friedensvertrage darf es nur 96 000 Unteroffiziere und Mannschaften stark sein. Auch die Zahl der Verbände festgelegt. Sie ist verschwindend gering gegen die des früheren Heeres. Daher werden am 1. April 1920 eine große Anzahl von Städten ihre Garnisonen verlieren. Manche Städte werden hierdurch schwer getroffen werden. Wir stehen aber hier

Ämtliche Bekanntmachungen.

Kommunalverband Calw.

Betreff: Zuckerabgabe.

Auf die von Mitte Februar bis Mitte März 1920 lautende Zuckermarkte entfallen 650 Gramm Zucker zu 1,28 M das Pfd. Die Herren Ortsvorsteher wollen die Einwohnererschaft hiervon auf ortsübliche Weise in Kenntnis setzen.

Calw, den 16. Februar 1920. Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

Oberamt Calw.

Häutemehrerlös.

1. Gemäß Bekanntmachung der Reichsfleischstelle vom 9. Februar 1920 beträgt der Häutemehrerlös für die Zeit vom 16. Februar bis 14. März 1920 einschließlich für den Zentner Lebendgewicht für:

Rinder, ausgenommen Kälber	87.— M
Kälber	194.— M
Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurz-wolligen Fellen	120.— M
Schafe mit Blößen	113.— M
Pferde, einschließlich Fohlen; Esel, Maultiere und Maultesel	67.— M

Zufolge Anordnung der Reichs Fleischversorgungsstelle wird für den Bezirk Calw mit Wirkung vom 16. Februar 1920 ab dem Tierhalter der volle Betrag des Häutemehrerlöses gewährt.

2. Entsprechend der Venderung der Zuschläge für Schlacht-tiere werden die für Auf- und Zuchtindvieh festgesetzten Höchstpreise von 130 M für 50 Kg. Lebendgewicht für die gleiche Zeit in folgender Weise erhöht:

bei Großvieh 130 M + 87 M = 217 M
bei Kälbern 130 M + 194 M = 324 M

Calw, den 17. Februar 1920. Oberamtmann: G. S.

vor unabänderlichen Tatsachen. Das frühere Heer ist auf Befehl der Reichsregierung aufgelöst. Für das verbleibende kleine Heer müssen die Garnisonen nach der Verwendungsmöglichkeit der Truppe und nach Ausbildungsanforderungen ausgesucht werden. Bei gleicher Bewerbung sprechen natürlich die alten Garnisonbeziehungen das erste Wort. Für die übrigen Garnisonorte besteht keine Möglichkeit, den Verlust der Garnison auszugleichen.

Eine verschwindende Charge.

Die Neuordnung des deutschen Heeres bringt es mit sich, daß vom 1. April ab die Bezeichnungen Feldwebel und Bizefeldwebel verschwinden. Bei den berittenen Waffen-weitern gibt es künftig nur noch Oberwachtmeister und Wachtmeister.

Ragenhandel.

Zurzeit werden überall lebende Ragen angekauft. Die Preise schwanken zwischen 20 und 50 M, da neben dem Fleisch besonders das Fell begehrt ist.

Deutschland.

Amerikanische Kohle für Deutschland.

(WIB.) Hamburg, 16. Febr. Der japanische Dampfer „Tschifuku Maru“ ist mit 8000 Tonnen amerikanischer Steinkohle auf der Elbe eingetroffen. Ein Teil der Ladung ist für Berlin, ein Teil für Hamburg bestimmt.

Amerikanisierung unserer Industrie.

Wie Berliner Blätter aus Dessau melden, hat der amerikanische Maiskonzern Stärkefabriken in Gräfenhainichen, Halle, Dessau und Zerbst erworben. Der Konzern beabsichtigt, die Fabriksbetriebe zu erweitern und große Mengen Mais nach Deutschland zu liefern.

Wieder eine Reichsstelle mehr.

Eine besondere Geste hat zur Verbesserung der verbotswidrig Verhältnisse unter der Reichsregierung als versellen erklärten Waren ist nunmehr in Form einer G. m. b. H. mit einem vorläufigen Stammlortital von 100 000 M gegründet worden. Die Gesellschaft wird der Reichsreiseversicherung für Lebens- und Futtermittel angeschlossenen und in enger Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium stehen.

Erzberger-Helferlich.

In der gestrigen Verhandlung des Prozesses Erzberger-Helferlich wurde der Fall Angerer erörtert. Angerer, ein Kommissar der Reichs-werksstelle, war nach Helferlichs Darstellung von dort entlassen worden, und Erzberger soll dann seinen politischen Einfluß dazu benutzt haben, den Angerer der Reichswerksstelle wieder aufzu-drängen. Zum Dank dafür soll Erzberger von Angerer später mit Schleichhandelswaren versorgt worden sein. — Im Verlauf der Verhandlung wurde festgestellt, daß Erzberger von Angerer Lebensmittel-pakete zu außerordentlich niedrigem Preis erhalten hat. Nach Aus-sage Angeres soll allerdings nur Frau Erzberger darum gewußt haben. — Darnach wurde der Fall Wolff erörtert, wobei die Deffen-tlichkeit ausgeschlossen wird.

Zur Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln.

Zum Wirtschaftsplan für 1920/21, nach welchem die Zwangs-wirtschaft für Getreide und Kartoffeln beibehalten wird, bemerkt das „Berliner Tageblatt“: Man mag die Fort-dauer des Zwanges auch in der jetzigen Einschränkung bedau-ern, aber man wird sich damit einverstanden erklären müssen, um nicht unabsehbare Gefahren für die Volksernährung heraus-zubekommen. — In der „Boslichen Ztg.“ heißt es: Wenn das Befehlntnis zur Zwangswirtschaft nur die Unmöglichkeit des freien Handels für Nahrungsmittel betonen wird, so ist dem vollkommen zuzustimmen. Wenn aber ein Festhalten an den bisherigen die Produktion hemmenden Formen der öffentlichen Bewirtschaftung die Folge wäre, so könnte dagegen nicht nach-drücklich genug Stellung genommen werden. — Die „Deut-

sche Allgemeine Zeitung“ meint: Der Reichswirtschaftsrat beweist durch seine Stellungnahme, daß er ein wert-voller Ratgeber für die Regierung ist gegenüber dem Ansturm beteiligter Interessentengruppen. — Wie das genannte Blatt erzählt, sind an die Abnehmer folgende Mindestpreise für die Zwangswirtschaft vorgegeben: Weizen 50 M für den Zentner gleich 1000 M für die Tonne, Roggen 45 M für den Zentner gleich 900 M für die Tonne, Gerste und Hafer 40 Mark für den Zentner gleich 800 Mark für die Tonne, Kar-toffeln 25 M für den Zentner gleich 500 M für die Tonne.

Aufrechterhaltung der Angestelltenversicherung während des Kriegsdienstes.

Nach einer Bundesratsverordnung werden allen Kriegsteil-nehmern, die vorher Beiträge zur Angestelltenversicherung ge-zahlt hatten, alle vollen Monate des Kriegsdienstes als Bei-träge angerechnet, und zwar in Höhe des für Juli 1914 bezw. vor Eintritt in den Heeresdienst gezahlten Beitrages. Die Anrechnung kann aber nur erfolgen, wenn vollständige Unter-lagen vorhanden sind. Solche sind entweder der Militärpaß oder eine vom zuständigen Bezirkskommando oder dem letzten Truppenteil ausgestellte Bescheinigung, die außer dem Natio-nale des Kriegsteilnehmers genaue Angaben darüber enthalten muß, von wann bis wann er Kriegsdienste geleistet hat.

Reichswirtschaftsrat und Unternehmerorganisation.

Die süddeutsche Industrie-, Export- und Handelszeitung in Mannheim, das Organ der süddeutschen Handelskammern und zahlreicher Industrie- und Großhandelsverbände, schreibt zu dieser Frage u. a.: Der Reichsarbeitsminister hat vor kurzem erklärt, daß an der Hinausschiebung der Vorlage über den Reichswirtschaftsrat die Zerrissenheit der Unternehmerorganisationen schuld sei. Dies zeigt sich nun, nachdem der Entwurf vom Reichsrat verabschiedet ist, in der traurigsten Weise. Arbeitsgemeinschaft, Reichsverband der Industrie, Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handelstag, Han-delskammern befehlen sich nicht nur in der Presse, sondern auch bei den einzelnen Parteien und zum Teil, sogar durch Anrufung der Arbeitervertreter seitens der einen Arbeitgebergruppe gegenüber der andern wegen der Frage, ob die eine oder die andere einige Sitze mehr oder weniger im Reichswirtschaftsrat hat. Dabei sind die von beiden Gruppen vertretenen Organisationsprinzipien der zentralen Fachverbände und der regionalen Wirtschaftskammern durchaus gleichwertig. Hier im Süden besteht das bringende Bedürfnis in allen Wirtschaftskreisen, daß nicht von der Verhältnis mäßig wenigen Leuten, die Zeit haben, in Berlin zu sitzen, das Wirtschaftsleben von oben herunter dirigiert wird. Aus diesem Grunde, und nicht aus Partikularismus, tritt man dafür ein, daß die regionalen Wirtschaftskammern einen entsprechenden Einfluß im Reichswirtschaftsrat besitzen. Möge noch in letzter Stunde die Vernunft einkehren und industrielle Vertreter beider Gruppen über die Zahl der Sitze entscheiden und nicht die Parteien.

Zusammenschluß der Deutschen in den La Platastaaten.

ep. Die Not des Krieges mit dem Kampf gegen alles, was deutsch heißt, hat den Deutschen in Argentinien, Chile und Paraguay die Notwendigkeit engsten Zusammenschlusses gezeigt und zu ihrem Zusammenschluß in umfassenden Organisationen geführt. In jedem dieser drei Länder hat sich ein deutscher Bund gebildet, der alle deut-schen Stammesangehörigen und Deutschfreunde sammeln und das Deutschstum stärken will durch eine zielbewußte Pflege der deutschen Sprache und Kultur, besonders durch deutsches Schulwesen und mög-lichst enge Beziehungen zur alten Heimat, der aber auch alle deutsch-feindlichen Bestrebungen bekämpfen und sich besonders um die neuen Einwanderer annehmen will, die verschiedenen Beratungs- und Aus-kunftsstellen für Einwanderer, die diese Organisationen einrichten, erteilen kostenlos sachgemäße Auskunft. Auch durch die Herausgabe von auflärenden Schriften und die Einrichtung von Rechtsauskunfts-stellen leisten sie den Einwanderern wertvolle Dienste. Jeder Deut-sche, der in eines dieser Länder einwandert, sollte sich sofort mit dem betreffenden Bunde in Beziehung setzen.

Die Grippe.

(WIB.) Breslau, 16. Febr. Um einer weiteren Verbrei-tung der Grippe vorzubeugen, sind alle Schulen bis zum 28. Februar geschlossen worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Februar 1920.

Was allein uns helfen kann.

Die Schwäbische Liga zum Schutze deutscher Kultur ver-breitet die folgenden beherzigenswerten Ausführungen: Unsere Löhne steigen von Tag zu Tag. Aber mit ihnen noch schneller als sie, steigen die Preise von Nahrung, Kleidung und Wohnung. Und wir sind nicht besser, vielleicht noch schlech-ter daran als vorher. Denn die Gesamtmenge der vorhan-denen Güter wird doch durch die gleichmäßige Ausbeutung höherer Anteilsscheine nicht gesteigert, ihre Erzeugung wird viel-mehr durch die stetigen Lohnkämpfe vermindert. Erhöht kann die auf den Einzelnen entfallende Menge nur werden durch erhöhte Leistung in Landwirtschaft und Gemberbe. Helfen kann uns nur Arbeit und Ordnung. Das Ausland hätte Nahrungsmittel und Rohstoffe für uns. Aber wir können sie nicht kaufen. Denn wir haben kein Gold und unser Papiergeld nehmen sie nicht mehr. Denn sie haben kein Ver-trauen mehr zu unserer Wirtschaft angesichts der gesunkenen Arbeitsleistung und Ordnung. So wird unsere Prostration wie-der herabgesetzt, und wir müssen hungern und darben. Kaufen können wir vom Ausland nur noch durch Abgabe von Waren. Dazu ist aber wieder notwendig eine Steigerung der Erzeugnisse unserer Industrie. Vor Hunger und Not ertreten kann uns nur Arbeit und Ordnung.

er Reichswirt
h er ein wert
er dem Ansturm
genannte Blatt
e Preise für
50 M für den
en 45 M für
e und Safer
Tonne, Ka
für die Tonne.

erficherung
5.
en Kriegsteil
versicherung ge
nntes als Bei
Juli 1914 bezw.
beitrages. Die
giltige Unter
er Militärpaß
dem letzten
dem Natio
über enthalten
weist hat.

on.
ndelszeitung in
elkammern und
schreibt zu dies
gem erklärt, daß
schwirtschaftsrat
huld sei. Dies
rat verabschiedet
eichsverband der
andelstag, Ham
fonders auch bel
h Anrufung der
e gegenüber der
ere einige Sitze
abei sind die von
n der zentralen
nmemn durchaus
gende Bedürfnis
ntnismäßig
u zu sitzen, das
b. Aus diesem
tritt man dafür
n entsprechenden
noch in letzter
Vertreter heider
cht die Parteien.

in den
egen alles, was
e und Paraguay
t und zu ihrem
üßert. In jedem
et, der alle deut
meln und das
ege der deutschen
zweifen und mög
uch alle deutsch
ungs- und Aus
tionen einrichten,
die Herausgabe
Rechtsauskunft
te. Jeder Deut
h sofort mit dem

iteren Verbrei
Schulen bis

7. Februar 1920.

nn.
er Kultur ver
rungen:
mit ihnen noch
prung, Kleidung
icht noch schied
ge der vorhan
ige Austellung
ung wird viel
Erhöht kann
r werden durch
erbe. Helfen
Das Ausland
is. Aber wir
Gold und unser
haben kein Ver
der gesunkenen
Prostration wie
darben. Kaufen
abe von Waren.
igerung der
nd Not erretten

Aus Amerika wird gemeldet, es bestiehe der Gedanke eines Hilfswerks für uns durch Versorgung mit Lebensmitteln. Aber es müsse dabei die Sicherheit bestehen, daß mit der Besserung der Lebensverhältnisse auch eine Besserung der innerpolitischen Lage eintrete. Wenn man sehe, daß mit der zunehmenden Widerstandskraft Deutschlands die radikalen Elemente nicht Boden verlore, sondern gewinnen, so hätte man kein Interesse daran, durch die Unterstützung Deutschlands sich ins eigene Fleisch zu schneiden.

Und ein deutscher Arzt schreibt aus Amerika: „Sobald der amerikanische Staat Frieden mit Deutschland gemacht hat, sollte die deutsche Regierung in Amerika eine Anleihe auflegen lassen und die Deutsch-Amerikaner appellieren. Diese würden eine kolossale Summe zeichnen. Denn gerade jetzt ist der weitaus größte Teil unserer Volksgenossen in Amerika dem alten Vaterland besonders wohlgesinnt. Voraussetzung ist, daß die Streiks aufhören. Der Grundpaß immer weiterer Verringerung der Arbeit und immer höherer Lohnsätze muß verlassen werden. Es ist Rückkehr zum alten Fleiß, zum alten frommen Sinn, zur alten Bescheidenheit nötig, dann wird Deutschland wieder zu Ansehen kommen, der Kredit wird sich wieder heben.“

Nur gesteigerter Fleiß jedes Einzelnen, auf dem Felde, in der Werkstatt, in der Fabrik, in dem Büro, nur Arbeit und Ordnung kann uns helfen.

Künstlerische Tanaufführung.

Fräulein Guste Kölle veranstaltete gestern Abend im Bahnhofs Hof einen künstlerischen Tanzabend. Sie besitzt einen biegsamen, geschmeidigen Körper, Masse, Temperament, Gefühl für Rhythmus, also alle Grundbedingungen, die man an eine Tänzerin stellen muß. Was bei einer guten Schulung — Fräulein Kölle erhielt ihre Ausbildung in der Tanzschule Herion in Stuttgart — bei solchen gegebenen Voraussetzungen herauskommt, zeigte der gestrige Abend, der sich für die Tänzerin und ihre Mitwirkenden zu einem schönen Erfolg gestaltete. Im großen Saal hatte Fräulein Kölle ihr Programm recht geschickt gewählt: sie tanzte nach charakteristischen Kompositionen von Schubert Chopin Goffec Strauss Kreutzer u. a. Als Hintergrund hatte sie eine stimmungsvolle Sommerlandschaft gewählt, die sich für die meisten Tanznummern gut eignete, jedenfalls nirgendwo hörte mit dem Valsetz von Veraer begann die Künstlerin in einem einfachen, geschmackvoll gewählten Kostüm trat sie auf; sie gab sich völlig dem Rhythmus der Musik hin und setzte ihn in ein wirkungsvolles schönes Tanzbild um. Am besten gelang ihr der Militärmarsch von Schubert. Hier war die Übertragung des musikalischen Gedankens in ein lebendig bewegtes Tanzbild restlos gelöst. Mit fester Sicherheit zeichnete Fräulein Kölle die kräftigen, energiegelassen, kräftigen christlichen Linien dieses wunderbaren Marsches in dem Steigstapel und Massenaalser und kriegerische Stimmung schweben. Das Kostüm war wieder mit gutem Geschmack gewählt bunt, strahlend, sonnenhell wie die Musik selbst. Etwas weniger schienen der Tänzerin die herben, strengen Linien des Chopin'schen Trauermarsches zu liegen obwohl sie auch damit einen vollen Erfolg erzielte. Hier wurde ihr Tanz beinahe zur Pantomime, wohl aus dem Bestreben heraus den Stimmungscharakter des Marsches bis ins Letzte zu erschöpfen. Mit großem Behagen und entschiedenem Mut tanzte sie die Gavotte von Goffec. Dem Kokocharakter des Stückes entsprechend stellte sich die jugendliche Künstlerin hier im hübschen rosafarbenen Kostüm mit Strümpfen und Stiefelchen an, ansetzt, in der Hand einen Röcher vor. Und vorwärts trat sie den artigen, spielerisch ändernden Ton der leichten Musik bis so viel Sinn für das zierliche, geschmackvolle und für die hübsche Oberfläche hatte. Famos waren auch der Madokah- und Kokoch-Marsch dessen temperamentvolle Rhythmen von der Tänzerin in stürmisch hobelbrausen Tonstufen umdeutet wurden. Das Kostüm erinnerte hier an die ungarischen Nationaltrachten während in der nächsten Nummer den Persischen Volkstänzen von Knaner, ein mit seinem künstlerischen Sinn entworfenes Phantasiegemälde mit seinen bunten Rotfarben an die Schwingen eines großen erotischen Wunderfahners erinnerte. Statt der ausfallenden letzten Nummer jedoch Fräulein Kölle einen Tränenwälder ein in dem wie bei dem Chopin'schen Trauermarsch die Pantomime wieder über das rein Tänzerische überman. An hübschem Schönermann ließ die Künstlerin in dem Schönen, Liebesleid — Liebesfreud von Kreutzer nach einmal all die Romantik und Geschlichkeit ihres Körpers in hemmungsloser Sinesgehenheit an die musikalischen Rhythmen ihrer die Wärme fassen und hören. — Die rein musikalischen Darbietungen wurden von Herrn Carl Weiser auf der Violine und von Herrn Carl Weiser und Herr Kauffmann auf dem Klavier übernommen. Das Programm des 7. Monats von Mozart und die Sonate Nr. 6 von Schubert wurden von den beiden mit feiner Herausarbeitung der Stimmung und all der zarten Nuancen wiedergegeben. Auch die schwierige Mozartsonate zum Schluß wurde in schönem Zusammenhange von den Künstlern bewältigt. — Es ach viel Beifall, besonders auch für Fräulein Kölle, die noch mit zahllosen Blumenbänden bedeckt wurde.

Vom Nagoldgau.

Aus Wildberg wird uns unter dem 15. Februar geschrieben: Der Nagoldgau hielt heute seinen 15. Gau-tag im Schwarzwaldbräuhaus hier ab. Nach vorausgesetzter Eröffnung durch den Gauvorsitzenden Landtagsabg. Staudenmayer (Calw) die Tagung. Der Vorstand des höchsten Vereins, Herr Götzler, hielt die Anwesenden namens des H. Wildberg herzlich willkommen. Der Gauvorsitzende berichtete über das abgelaufene Übungsjahr, wobei er auch auf unsere heutige wirtschaftliche Lage hinwies, den Vermögenszustand und die Lage der heutigen Jugend geistliche und die Turner erwähnte, zurückzuführen auf Einfachheit, Fleißigkeit und Arbeitsamkeit; denn nur dadurch könne unser Vaterland geholfen werden. Die nun folgenden Berichte der Gauämter zeigten, daß im Nagoldgau tüchtig gearbeitet wurde. Turnvereine wurden neu gegründet und in

den Gau aufgenommen in: Dettlingen, Althengstett. Beschlossen wurde, am 1. Sonntag im Mai eine Gauwanderung nach Hochdorf, Althengstett oder Altensteig auszuführen. Am 26. Juli soll der Jugendturntag in herkömmlicher Weise verbunden mit Wetturnen in Wildberg stattfinden. Der alte verdiente 1. Gauvorsitzender Prommer (Calw) tritt von seinem Posten zurück, wobei ihm vom Gauvorsitzenden der Dank des Gauwesens für seine langjährige Tätigkeit ausgesprochen wird. An seine Stelle wird Herr Albert Riberer (Ebhausen) gewählt. Für den weggezogenen 2. Gauvorsitzenden Kentschler (Ottenbronn) wird Karl Schötle (Ebhausen) gewählt. Dem Vorhaben der deutschen und schwäbischen Turnerschaft folgend, soll in Zukunft Sport und Spiel, als Fußball, Faustball, Schleuderball usw. mehr gepflegt werden als bisher. Zur Förderung dieses Zweckes wird Fr. Stolz (Calw) als Gauspielwart bestellt. In den technischen Ausschuss wird neu gewählt: Karl Friker (Nödlingen). Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Gauvorsitzende mit Worten des Dankes und der Mahnung zu weiterer treuer Mitarbeit die schön verlaufene Tagung. P.

Ernennungen.

Im Arbeitsministerium wurde eine Ministerialratsstelle dem Reg.-Rat Staiger und je eine Regierungsratsstelle dem Oberamtmann Kälin dort und dem Arbeitersekretär Mattutat übertragen.

Einberufung der Landwirtschaftskammer.

Die neugewählte Landwirtschaftskammer wird zum 24. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Sitzungsraum der früheren Ersten Kammer einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl von Vertretern der Forstwirtschaft, des Gartenbaus und der landwirtschaftlichen Angehörigen.

Vom Landtag.

Nach der Vertagung des Landtags werden die Ausschüsse noch in dieser Woche ihre Tätigkeit aufnehmen. Der Volksschulausschuss tritt heute zusammen zur Beratung des Kleinen Schulgesetzes. Der Ausschuss für Gemeindefortschritt beginnt erst am 25. d. Mts. mit der Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Teuerungszulagen für Körperliche Beamte. Zum Berichterstatter wurde der Abg. Scheef bestellt.

Württembergischer Einwohnerwehrtag.

Die Vertreter der württ. Einwohnerwehren kommen am 21. u. 22. Febr. in der Stuttgarter Akademie zusammen, um über die Richtlinien, die den Einwohnerwehren für die Zukunft gegeben werden sollen, zu beraten.

Die Neuordnung des Steuerwesens.

Auf Einladung der Reichszentrale für Heimatdienst sprach dieser Tage in Stuttgart der Leiter der Presseabteilung im Reichsfinanzministerium, Dr. Paul Beusch über die Neuordnung des deutschen Steuerwesens. Er entwarf ein fesselndes Bild des ungeheuren Wertes, das die Nationalversammlung in der Steuerreform, die Deutschland vor dem Staatsbankrott und Untergang retten will. Der Redner wies den Gedanken, daß uns der Staatsbankrott retten könne, weit ab. Ein Staatsbankrott wäre eine Verfündigung gegen die sozialen Grundzüge unserer Zeit. Gerade das meiste Geld sei in den breiten Massen des Volks in bar oder in Sparguthaben. Diese Volksteile, die nur dies ihr eigen nennen, würden am härtesten getroffen. Der Staatsbankrott würde zu einem Volksbankrott führen.

Die Wünsche der Kriegsbeschädigten.

Der Zentralverband der Kriegsbeschädigten hält dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung eine Entschuldigungs- und in der verschiedenen Forderungen an die Stadtgemeinden gerichtet werden, so die Gewährung des Minderbemitteltensteins an alle Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten mit einem Einkommen unter 8000 M und die Gewährung einer Beihilfe an die Hinterbliebenen, nämlich an eine Witwe bis zu zwei Kindern 200 M, bis zu vier Kindern 250 M und bis zu sechs Kindern 300 M.

Die Neuordnung des Konfirmandenunterrichts.

Vom Württemb. Lehrerverein geht uns eine Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen:

Es ist kein Zweifel, daß die Art, wie der Konfirmandenunterricht seither geregelt war, sowohl den Kindern wie der Kirche und der Schule geschadet hat. In Stuttgart z. B. nahm der Religionsunterricht während der Zeit von 13 Wochen in jeder Woche 6 Stunden, also ein volles Fünftel alles Schulunterrichts in Anspruch. Daß unter diesen Umständen an eine ernste Schularbeit kaum mehr zu denken war, ist klar. Dazu kam, daß die Konfirmanden, je mehr es der Konfirmation zuzug, fast alles Interesse an der Schularbeit verloren und mancher von ihnen geradezu verbummelte. Es ist nicht von ungefähr, daß gerade während dieser Zeit Straftaten sich häuften und statt einer Besserung der Kinder im Durchschnitt eine Verschlechterung ihres sittlichen Betragens festgestellt werden mußte. Genüß spielen noch andere Umstände mit, so die Verührung mit Schülern anderer Klassen und Schulen, die Aussicht auf die Lehrsätze usw. Die Hauptsache dürfte aber darin liegen, daß der Schulunterricht zu sehr gekürzt und gestört wurde und die Gewährung der Schüler an etwas zusammenhängendes Arbeiten verloren gegangen war. Dieselben Zustände, die in den Städten nur zu bekannt sind, lassen sich auch auf dem Lande feststellen. In neuester Zeit hat die Kirche den nach der Reichsverfassung einzig folgerichtigen Schritt getan, den Konfirmandenunterricht ganz oder teilweise außer die Schulzeit zu verlegen. Der Konfirmandenunterricht ist kein Lehrfach der staatlichen Schule, sondern Aufgabe der Kirche.

Im Interesse der Kirche, der Schule und der Schüler erheben wir daher die Forderung: Der Konfirmandenunterricht als Sache der Kirche ist grundsätzlich außerhalb der Schulzeit

zu erteilen. Falls er dennoch ganz oder teilweise in die Schulzeit aufgenommen würde, ist der allgemeine Religionsunterricht entsprechend zu kürzen.

Erhöhung des Eierhöchstpreises.

Durch Verfügung des Ernährungsministeriums wurde der Erzeugerpreis für Hühner- und Enteneier von 40 auf 60 Pf. für das Stück heraufgesetzt. Dies wird damit begründet, daß die allgemeine Preissteigerung wie die Steigerung der Herstellungskosten für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie der Höchstpreise in Baden, eine Erhöhung nicht umgehen ließen.

Weißblechwirtschaftung.

Die bisherige Zwangsbewirtschaftung von Weißblech ist vom Reichswirtschaftsministerium aufgehoben worden. Zur Sicherstellung des Bedarfs ist jedoch dem Reichswirtschaftsministerium monatlich ein bestimmtes Kontingent (25 000 Einheitsstücke) zur Verfügung zu stellen. Die überschüssige Produktion ist dagegen frei von amtlicher Regelung.

W. Althengstett, 16. Febr. Am Sonntag fand in der Kirche eine Versammlung des Evangel. Volksbundes unter Leitung seines Vorsitzenden, Schneidermeister Zippeler, statt, welche gut besucht war und in der Dr. Lempp (Stuttgart) einen Vortrag hielt über die Frage: Hat das Christentum im Krieg Bankrott gemacht? Nicht das Christentum, so führte er aus, hat Bankrott gemacht, sondern die christlichen Völker haben bewiesen, daß sie nicht christlich, vom Geist Christi nicht durchdrungen sind. Uebrigens hat es Christus auch nicht anders erwartet, vielmehr als Kenner des Menschenherzens klar ausgesprochen, daß das Evangelium nie die alles beherrschende Macht sein und daß neben dem Weizen immer das Unkraut fortwuchern werde. Und weiter: der Glaube an einen gerechten und gütigen Gott hat nur dann Schiffbruch gelitten, wenn er mit der falschen, unchristlichen Vorstellung verknüpft war, als ob die gerechte Sache äußerlich immer siegen und es dem Gläubigen äußerlich immer gut gehen müsse. Gott will nicht, daß es uns gut gehe, sondern daß wir gut werden. Der Glaube muß sich stets durch Mühen hindurchringen und allen Unbegreiflichkeiten des göttlichen Willens ein Dennoch entgegensetzen. — Der treffliche Vortrag machte auf die Zuhörer einen sichtlich Eindruck. Es schloß sich eine Besprechung an, an der sich mehrere der Anwesenden beteiligten.

* Simmozheim, 17. Febr. Zu dem Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung vom 8. Februar wird uns folgendes erwidert: Die Feuerwehrausgabe für auswärts beschäftigte Arbeiter beträgt 8 M. für am Ort Beschäftigte 15 M. Die Übungen werden Sonntags abgehalten, damit die auswärts beschäftigten Arbeiter keine Einbuße am Arbeitsverdienst erleiden. — Es ist nicht richtig, daß der Ortsvorsteher die Erklärung abgegeben hat, keinen Pfennig aus dem Ertrag des Gerechtigkeitswaldes wegzunehmen. Daß die Gemeinde einen nennenswerten Betrag (40 000 M.) verjüngt angelegt hat, ist richtig; aber diese Beträge werden seit Jahren angesammelt zur Verbesserung der Straßen, zur Einrichtung einer 3 Lehrstelle, zur Schulbaubeschaffung, zur Nachkorrektur, zur Verbesserung der Wasserleitung und zur Verbesserung der öffentlichen Gebäude. Zu den ungeheuren Ausgaben, die unserer Gemeinde harren, sind 40 000 M. ein Tropfen auf einen heißen Stein; nebenbei gesagt, dürfen sie gar nicht für andere als die genannten Zwecke verwendet werden. Seit 1914 ist der Gemeinde die Auflage gemacht, verschiedene bauliche Verbesserungen am Pfarrhaus vorzunehmen, was jedoch bis heute noch nicht geschehen ist. Da die Gemeinde laut Veranschlag 1919 über keine Mittel verfügt, so hat der Gemeinderat beschlossen, aus Mitteln der Waldkasse der Kirchenpflege zu gen. Zweck 4000 M zu überweisen und 60 M an die nutzungsberechtigten Bürger zu verteilen, nachdem erst vor einigen Wochen 100 M verteilt worden sind. Wenn in Simmozheim jährlich zurzeit durchschnittlich 3 Raummeter Holz, 50 Büschel Reisig und 100 bis 200 M in bar an Bürgernutzen verteilt werden, so ist dies sicher keine Schmälerung des Bürgernutzens. Vielleicht ist das Oberamt so freundlich und schaut einmal nach unterm Jogen. Gerechtigkeitswald, der sicherlich ein der freien Verfügung der bürgerlichen Gemeinde unterliegendes Waldgrundstück ist, dessen Erträge nach Art. 126 Gemeindeordnung in erster Linie zur Bestreitung der Ausgaben der Gemeinde zu verwenden sind. — Von unterm Ortsvorsteher können wir ruhig sagen, daß er — obwohl noch jung an Jahren — während seiner kurzen Amtszeit schon sehr regenreich in unrer Gemeinde gewirkt hat und eine Fülle von Arbeit, die beinahe über Menschenkraft geht, geleistet hat.

(S. B.) Von der Enz 16 Febr. Im Gemeinderat hielt Oberbaurat Eugenbahn von der Ministerabteilung für Straßen- und Wasserbau einen Vortrag, in dem er die Pläne zur Wasserkräftnutzung der Enz zwischen Kälber- und Windhoffsmühle erläuterte. Der Gemeinderat beschloß, die Pläne zu einer Kraftanlage ausarbeiten zu lassen, die über 4 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie erzeugt.

(S. B.) Hebelstingen, 16 Febr. Am Sonntag fand hier die Abstimmung über die Frage der Eingemeindung nach Stuttgart statt. Es ergab sich eine bedeutende Mehrheit für die Eingemeindung, nämlich 886 Stimmen, während gegen die Eingemeindung nur 112 Stimmen abgegeben wurden.

(S. B.) Mm, 16 Febr. Am Sonntag Abend fand in der hiesigen Turnhalle eine Bezirksversammlung gegen die Auslieferungsforderung der Entente statt, in der der Stadtvorstand Dr. Schwammberger in ersten würdigen Worten treffende Ausführungen machte. Die Lösung dieser Frage liegt beim Volke, die nur mit einem niemals gelöst werden kann. Zum Schluß wurde eine Resolution eingebracht, die von der aus allen Bezirksvereinen abgeordneten zahlreichen Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Zu die Schriftl. verantw.: J. Vert.: H. D. Bäder, Calw. Druck und Verlag der H. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Am Donnerstag, d. 19. Februar, vormittags von 8-12 Uhr, werden auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 die feinerzeit bestellten billigeren Lebensmittel abgegeben. Preis 45 Pfg. das Pfund. Auf eine Person entfallen 500 Gramm. Kleingeld ist mitzubringen.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
 Vor Inanspruchnahme von **Familienhilfe** ist bei der Kassenverwaltung (Schalter II) bezw. örtlichen Geschäftsstelle (Schultheissenamt) ein **Ausweis für Familienangehörige** anzufordern.
 Calw, den 16. Februar 1920.
 Kassenverwaltung: Prof.

Simmozheim.

Pappelholz-Verkauf.
 Nächsten Dienstag, den 24. Februar, nachmittags 2 Uhr, werden **7,30 Fm. Pappelholz** im öffentlichen Aufstreich verkauft.
 Gemeinderat.

Paul Rüdler, vorm. J. Steudle, Calw, am Markt.
 Großes Lager in:
 Hemdenflaneln,
 Schurzzeugen,
 Kleiderzeugen.

feinste Lilienmilchseife, Boraxseife, Mandelseife, Carbolseife, Teerchwefelseife
 So lange Vorrat Mk. 47.00 per Duzend
 R. Wagenmann, Stuttgart, Libanonstr. 41.

Junge Frau mit einem Kinde sucht kleine möblierte **Wohnung** oder Pension bei netter Familie. Angebote unter S 39 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein neues, reinwollenes, weiches **Damen-sommerjacke** ist preiswert zu verkaufen. Durch wen, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Birke & Bentner
Heu und 3-4 Zentner **Stroh** sind zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Zwei ältere Leute mit einem Kinde suchen für dauernd eine **2-Zimmer-Wohnung** in Calw oder Umgebung. Angebote unter S. 38 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Maulwurf-Felle kauft das Stück zu **15 Mark.** Friedrich Holz, Oberreichenbach. Suche einige junge **Hennen** evtl. samt Hahn zu kaufen. Heiner Wurster, Unterreichenbach.

Unterzeichneter verkauft einen reiffrühen, gelben **Stalions-Zuchthahn**, 1918 er Brut. W. Binder, Ernstmühl.

Georgenäum Calw.
 Freitag, den 20. Februar, abends 7^{1/2} Uhr wird Herr Kapellmeister **Richard Heilbronn** einen **Vortrag über Joh. Seb. Bach und seine Thüringer Heimat** halten, der von **musikalischen Darbietungen** umrahmt sein wird. Hierzu wird Jedermann freundlichst eingeladen.
 Calw, den 16. Februar 1920.
 Der Georgenäumsvorstand: Dr. Knobel, Vors.

Unsere Geschäftsstelle ist bereit Gaben für die Grenzspende in Empfang zu nehmen und weiterzuleiten.

Auf 1. März wird ein **Mädchen** gesucht, welches selbständig kochen kann. Monatlich Mk. 60.— Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Dienstmädchen, ein fleißiges, ordentliches, für besseren Haushalt sofort oder später gesucht. Frau Emma Burghard, Pforzheim, Zerronnenstr. 1.

Jüngeren, ehrlichen **Knecht** sucht für sofort Kohler, Ealmühle. 15 Jahre alter, kräftiger Burche sucht

als Schreiner. Eintritt sofort. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

30000 Mark sind auf 1. Hypothek auszuleihen. Gest. Angebote unter S. 39 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wolle! wird gereinigt und kardiert je nach Qualität auch gesponnen. Emil G. Widmaier, Bahnhofstraße.

Suche per 1. März oder später ein in der Hausarbeit bewandertes, fleißiges, braves **Mädchen.** Frau Wilh. Glatzer, Pforzheim, Kaiser-Friedrichstraße 32.

Verloren ging gestern abend auf dem Wege vom Kaffeehammer bis Lanneneck eine silberne **Damenuhr** mit Lederarmband. Abzugeben gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle des Blattes.

Entlaufen ist ein gelber **Dachshund** (Hündin). Abzugeben gegen Belohnung bei **Michael Holzinger in Güttingen.** Vor Ankauf wird gewarnt.

Verlaufen hat sich ein **Hühnerhund,** braun, mit weißem Fleck. Mittelungen erbeten an **Amtdienster Fischer, Neubulach.** Telefon 1.

1 Paar neue **Gebirgstiefel,** Nr. 40, sowie ein **Konfirmantenhut** sind zu verkaufen. Metzgergasse 320 I.

Marder bis 1000 M. Maulwurf 20 M. (reintodern) **Winterfeldhasen 15 Mk.**

Alle andern Felle auch allerhöchste Tagespreise. Weißgerben von Fellen. **E. Maischhofer,** moderne Tierausstopferei, Pforzheim, Lindenstr. 52. Telefon 1501.


A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw
 Wir halten uns zur sauberen Herstellung aller **Druckarbeiten** bestens empfohlen. Unser reichhaltiges Schriften- und Siermaterial, unsere vorzügliche maschinelle Einrichtung setzen uns in den Stand, alle in Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben benötigten Drucksachen rasch und preiswert herzustellen. — Der neuzeitlichen Geschmacksrichtung Rechnung tragend, ist unser Bestreben darauf gerichtet, alle Aufträge in vornehmer, gediegener Ausstattung zur Ausführung zu bringen.

Ostelsheim. **Reine Milch-Schweine** haben zu verkaufen. **Kopp, Gehring und Krämer, Müllers.**

Neuhengstett. Einen Wurf 6 Wochen alte **Milchschweine** verkauft **Weinmann, Lammwirt.**

Neuweiler-Martinsmoos. Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, d. 19. Febr. 1920 im Gasthaus zum „Lamm“ in Neuweiler stattfindenden **Hochzeits-Feier** freundlichst einzuladen.
Friedr. Wilh. Bühler, Sohn des † Friedr. Bühler, Holzhauer in Neuweiler,
Dorothea Kalmbach, Tochter des † Mich. Kalmbach, Küfer, in Martinsmoos.
 Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Neuweiler.

Spar- u. Consumverein Calw und Umgeb. e. G. m. b. H.
 Nächsten Samstag nachmittags von 3 Uhr an werden im hiesigen Laden die **Hausanteilscheine** ausgegeben und die Beträge hierfür, soweit nicht schon eingezahlt, in Empfang genommen. Der Vorstand.

Klee-Samen zu haben bei **Karl Schlag, Bad Liebenzell, gegenüber d. Post.**

Ältere Damen- u. Herren-Hüte werden nach den neuesten Mustern umfassoniert bei **Nane Schaible, Badstrasse.**

Bin heute Dienstag, den 17. Februar, nachmittags von 1/2 4—1/2 6 Uhr in Calw im Hotel „Adler“ Zimmer Nr. 3. **Kaufe alte Zähne und Gebisse zu allerhöchsten Preisen, kein Zahn unter Mk. 10.** Zahle je nach Wert bis Mk. 100.— und mehr.

Schreibmaschine mit sichtbarer Schrift zu verkaufen gesucht. Angebote unter S. 37 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kautabak empfiehlt **Friederike Pfeiffer** Hirsau. **Ziegen** verkauft wegen Futtermangel **Karl Greiner.**

ABDA
Allg. Beleih- u. Privat-Darlehens-Anstalt
 Jammstr. Lahr in Baden Ecke Kaiserstr. 80.
 Geschäftstätigkeit:
 Vorschussfreie Gewährung von Darlehen zu produktiven Zwecken gegen bequeme Ratenrückzahlung an Personem jeden Standes. — Klein-Finanzierungen wirtschaftlich gelunder Geschäfte. — Kurze Kredite für einwandfrei Warentausaktionen. — Viele dankbare Dankschreiben beweisen die rasche, verschwiegene und für die Kunden angenehme Geschäftsabwicklung. Gehürzte Briefauschrift: **ABDA, Lahr in Baden**

Günstige Gelegenheit für Zimmermeister.
 Wir haben zur Herstellung von einfachen Arbeiten **laufende Aufträge für das ganze Jahr** in geeignete Zimmermeister zu vergeben. Nähere Angaben an **Stefan Gerster, Neutlingen.**